

Albert F. Reiterer

DAS PROJEKT DER NEUEN OLIGARCHIE IN DER EU - ZERSCHLAGT DEN EURO!

1994 fand in Österreich eine Volksabstimmung zum Anschluss an die (damals noch) EG statt. Dem war eine fundamentale Kehrtwende der SPÖ voran gegangen. Die wenigen Reste der Linken in der Partei waren dagegen und fanden sich dabei in Übereinstimmung mit einer Mehrheit der Parteimitglieder. Der Partei-Vorstand aber, unter der Führung des ehemaligen Bankdirektors Vranitzky, war geschlossen dafür. Da trat Haider auf den Plan. Seine Partei, die FPÖ, war jahrzehntelang bedingungslos für die E(W)G und die NATO eingetreten. Nun sah er seine Chance als Oppositioneller. Der Deutschnationale erklärte sich, stotternd zwar, zum Österreicher und EG-Skeptiker, weil er die Stimmen der Gegner einsammeln wollte. Darauf erklärte damals eine Kollegin, gut vernetzt in der SPÖ und mit einem dort klingenden Namen: "Nun kann man wirklich nicht mehr gegen die EU sein." Von einem Argument war keine Rede: Alles was zählte, war die Einstellung des Gegners, von dem sie sich total abhängig machte.

In Deutschland ist dies heute angesichts der AfD kaum anders. Anstelle einer eigenständigen Analyse starrt man auf die Nationalliberalen wie das Kaninchen auf die Schlange. Anstelle eines selbständigen linken Projekts macht man sich vom Gegner abhängig. Anstelle die Menschen und ihre Probleme ernst zu nehmen, verleugnet man sie.

Ich möchte heute die EU als imperiales Gebilde analysieren. Sie stellt all das dar, wogegen konsequente Linke stets gekämpft haben. Dabei möchte ich zwei Aspekte im Besonderen ansprechen, nicht zuletzt, weil sie in der deutschen Debatte eine große Rolle spielen. (1) Bei den Konservativen von der AfD stellt das Konzept des optimalen Währungsraums den wirtschaftspolitischen Hintergrund dar. Was hat dieses Konzept für die Linke zu bedeuten? - (2) Für die BRD stellt sich weiters die Frage: Was bedeutet der Euro für den Außenhandel und für die Verteilung, für die Löhne? Schmarotzt die Bundesrepublik auf Kosten anderer Länder, insbesondere der Peripherie? - (3) Die Folge: Ein linkes Kernthema ist die Zerstörung der bisherigen bescheidenen Möglichkeiten der europäischen Demokratie durch EU / EZB. Es heißt: Die EU hat ein Demokratie-Problem. Das ist falsch. Die EU ist ein Demokratie-Problem.

Der optimale Währungsraum (OCA) - das Konzept und seine Bedeutung

Die Industrielle Revolution setzte in Großbritannien des 18. Jahrhunderts ein. Sie machte das Land zum globalen Hegemon, und Adam Smith war der Prophet. Im 19. Jahrhundert setzte sich der Prozess auf dem Kontinent fort. Sein Korrolar war in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg eine Art Weltwährungs-Union, der **Goldstandard**. Im damaligen Deutschland wies zwar Friedrich List darauf hin: Freihandel nach Smith und Ricardo ist eine Politik des Starken. Er hatte auch einen gewissen diskreten Erfolg. Das Deutsche Reich schützte durchaus seine neuen Industrien. Den Goldstandard, die Währungsunion auf Weltebene, wusste die wilheminsche Industrie allerdings zu schätzen. Was die Sozialisten-Gesetze nicht schafften, einen starken Lohnanstieg zu verhindern, das gelang teilweise mit dem Goldstandard: Man konnte auf die Strukturzwänge verweisen und das allgemeine Wahlrecht neutralisieren. Man sprach damals nicht von der "Inneren Abwertung". Aber man praktizierte sie. Das Ergebnis war die *Kuznets-Kurve*: In der Industriellen Revolution wurde die Ungleichheit vorerst **größer**. Erst der Erste Weltkrieg stellte auf seine tödliche Weise stärkere Gleichheit her.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde mit dem System von Bretton Woods ein System geschaffen, das ähnlich wirkte wie der Goldstandard. Aber die ungleiche Entwicklung auch zwischen den

hochentwickelten Ländern führte schnell zu Spannungen. Man begann sich zu überlegen, was eigentlich die Voraussetzungen für eine Währung seien.

1961 veröffentlichte Robert *Mundell* einen kurzen Aufsatz. Er ging aus vom "krisenhaften internationalen Ungleichgewichtssystem" der fixen Wechselkurse und formulierte die Bedingungen für eine "optimale Währungszone" (OCA).

Das ideale Währungsgebiet wäre jenes, in welchem die Inflationsrate flächendeckend etwa gleich wäre, wenn also die möglichst niedrige Teuerung in Bayern gleich der in Hamburg ist. *Mundell* spricht von *Regionen* und stellt sie ausdrücklich gegen nationale bzw. staatliche Währungen. Diese sind nicht notwendig optimale Währungsgebiete – man denke an die Lira in Italien, die DM zwischen 1991 und 1999 in der BRD oder auch den \$ in den USA. Denn eine "Region" ist für ihn eine Einheit, in welcher Faktor-Mobilität herrscht, zwischen denen aber die Faktoren immobil sind: Hamburger gehen nach Bayern und Sachsen nach Österreich. Aber Griechen und Portugiesen gehen nicht (mehr) nach Deutschland. Halten wir dies fest; wir werden gleich darauf zurück kommen.

Das wird exakt nie erreichbar sein. Die OCA-These geht klar von einem internationalen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation aus, allerdings nicht von der Philipskurve. Auch sind zu kleine Währungsgebiete, also sagen wir Oberbayern und Franken, ein Hindernis für die Integration der Wirtschaft und für die Verflechtung im (über-) regionalen Handel. Man wird also versuchen, zu "optimieren". Man wird das Währungsgebiet so zuschneiden, dass einerseits die Inflations-Unterschiede gering bleiben; dass andererseits ein halbwegs großes integriertes Gebiet entsteht, wo die Arbeitskräfte eine sinnvolle Mobilität aufweisen, wo die Kapitalströme nicht behindert werden, und wo auf den Gütermärkten doch soviel Konkurrenz herzustellen ist, dass die Preis-Unterschiede nicht zu groß werden.

Sie sehen, die Formulierungen sind nicht sonderlich exakt, etwas schwammig, und wir müssen sie auch dekonstruieren, sehen, was dahinter steckt.

Warum geht es überhaupt um die Inflation? Es geht um die Produktivitäts-Unterschiede und ihre Entwicklung. Probleme müssen auftreten, wenn die Produktivität sich ungleich entwickelt. Diese unterschiedliche Produktivitätsentwicklung aber bildet sich in ungleicher Teuerung ab.

Die sogenannte "Faktor-Mobilität" adressiert sich in Wirklichkeit an die Arbeitskräfte. "Labour mobility must be improved" zitiert *Mundell* (661) seinen Kollegen *Scitovsky*. Die Arbeit soll dem Kapital nachziehen. In den 1960ern und 1970ern hat dies europaweit auch gut funktioniert. Griechen, Portugiesen und Spanier flohen vor den Diktaturen, und auch Italiener kamen in Massen in die BRD. Und heute beginnt der Wanderzirkus wieder. Nur müssen sich auch immer mehr Deutsche dran beteiligen. Sie ziehen nach Österreich und in die Schweiz und stoßen dort bereits auf Ressentiments. Zumindest die Brüsseler Zentrale hat dies gewollt. Es kommt dem bürokratischen Traum von einer einheitlichen Masse von Arbeitskräften entgegen. "Der Arbeiter hat kein Vaterland." Man hat im 19. Jahrhundert diese Feststellung den Sozialisten zum Vorwurf gemacht. Heute ist sie das politische Ziel der Oligarchie.

In einem Währungsgebiet mit fixen Kursen und erst recht bei einer Einheitswährung – so die OCA-These – würde durch Nachfrageverschiebungen Inflation in die stabilen Länder importiert, also z. B. von Italien nach Deutschland. "In einem Währungsgebiet mit vielen unterschiedlichen Regionen [ungleicher Produktivität] wird der Gang der Inflation durch den Willen der zentralen Behörden bestimmt, Arbeitslosigkeit in den Defizitregionen zuzulassen" (*Mundell* 1961, 659). Besser kann man die Politik von EZB/EU seit 2008 wohl nicht beschreiben. *Mundell* fährt fort: "Arbeitslosigkeit könnte man vermeiden, wenn die Zentralbanken beschlössen, die Anpassungslasten sollten die Überschussländer tragen. Dort gäbe es dann Inflation, bis die Arbeitslosigkeit in den Defizitländern verschwände." Inflation aber ist das, was monetaristische Dogmatiker und Konservative besonders fürchten. Sie würde die "Politische Ökonomie des Rentners" (*Bucharin*) durcheinander bringen. Das

dürfte denn auch einer der Hintergründe sein, dass die Professoren der AfD so sehr gegen den € sind. Das war allerdings bislang eine ganz dogmatische Behauptung, und wir wissen recht gut: Nicht die Inflation, die Deflation ist das Gift, welches uns der € bringt. Aber so ticken nun einmal neokonservative Ökonomen. Bei der Bevölkerung kommt aber die politische Konsequenz durch: Weg mit dem €! und die kommt an.

Letztendlich wird dem Leser bei *Mundell* völlig klar: Was "optimal" ist, ist eine *politische Entscheidung*. Allerdings spricht der Autor dies nicht aus, und die Professoren von der AfD haben es daher nicht begriffen. In diesem Sinn kann man ihm nicht einmal Inkonsistenz vorwerfen, wenn er 1973 eine Kehrtwende zu machen scheint und nun für eine Euro-Währungsunion eintritt.

Hier liegt auch der Punkt, warum wir uns mit der OCA-These auseinander zu setzen haben. **Sie stellt die Dialektik zwischen Ökonomie und Politik dar**, zwischen gesellschaftlichen Strukturzwängen und Optionen der Zukunftsplanung. Man kann für eine €-Währungsunion sein. Aber man muss sich darüber klar werden: Unter gegenwärtigen Umständen kostet dies, nämlich hohe Arbeitslosigkeit und Verelendung in der Peripherie, möglicherweise den Bankrott der parlamentarischen Demokratie. Was davon vom bürokratischen Zentrum gewollt war und ist, ist eine andere Frage. Dass eine politisch deregulierte Ökonomie dazu führt, ist mittlerweile vielen Menschen klar.

Entscheidend ist *Mundell's* Raisonieren über den Unterschied zwischen (optimalen) regionalen Währungen und keineswegs notwendig optimalen nationalen Währungen. Vergessen wir nicht: Wir sind im Jahr 1961. Das Bretton Woods-System war noch in Kraft. Auf- und Abwertungen fanden kaum statt. Wenn nun die Wechselkurse ohnehin fixiert sind, warum dann nicht gleich eine Weltwährung einführen? Der Einwand würde *heute* zutreffen. Aber nochmals: Wir stehen bei 1961. Es gab nicht nur nationale Währungen. Es gab Kapitalverkehrsbeschränkungen und eine Reihe anderer nationaler Interventions-Instrumente, die sich mit den nationalen Währungsgebieten deckten. Das war entscheidend! Damit gab es Möglichkeiten nationaler Wirtschaftspolitik, welche die EU, die WTO und andere Abkommen mittlerweile zielstrebig weggeräumt haben: Das internationale Finanzkapital sollte Freiheit haben. Es geht also keinswegs nur um die Währung. Es geht um die Politik. Aber die Währung steckt(e) den Rahmen dafür ab.

Nebenbei: Wenn *Mundell* recht hat, erklärt dies, u. a., auch den Entwicklungs-Erfolg Italiens mit seiner Hoch-Inflationspolitik bis 1990. Im Süden waren die Christdemokraten verankert. Im Norden gab es den Druck der Gewerkschaften. Gemeinsam erzwangen sie eine Inflation, die, gekoppelt mit den Abwertungen, Italien trotz des Mezzogiorno-Bleigewichts nach vorne katapultierte. 1990 brach nicht nur die DC zusammen, sondern auch die KPI. Man nahm Kurs auf die Währungsunion; und seither bleibt das Land zurück.

Die BRD - Lohndumping und Parasit?

Heiner *Flassbeck* spricht in einem Blog vom 24. Feber von der "deutschen Abwertungsstrategie seit Beginn der Währungsunion" und fügt dann an: "Der Euro ist eine Währung, und die Währung als solche verursacht überhaupt nichts. Wenn es aber in diesem Währungsraum ein Land gibt, dazu noch das größte, dass die Tatsache, dass es den Euro gibt, schamlos ausnutzt, indem es, ohne eine eigene Währung zu haben, (real) abwertet durch Lohndumping (was zudem dem gemeinsam vereinbarten Inflationsziel Hohn spricht), dann müssen sich die anderen Länder fragen, ob dieser Währungsraum für sie eine Zukunft bietet." Ein bisschen bleibt einem die Luft weg. *Flassbeck* ist Ökonom. "Die Währung als solche verursacht überhaupt nichts"? Geld ist der fundamentale Regelmechanismus der Marktwirtschaft.

Die deutsche Exportindustrie hat jahrelang und mit Erbitterung gegen Aufwertungen gekämpft - *expressis verbis*, weil solche ihre Gewinne schmälern. In DM-Zeiten verlor sie immer wieder einmal diesen Kampf. Der Strukturzwang war mit den unterschiedlichen Währungen zu groß. Mit ihnen hatten die potenziellen Defizitländer ein wirksames politisches Instrument in den Händen. Die

Einheitswährung, der €, schlug es ihnen aus der Hand. Mit dem € hat sie diesen Kampf gewonnen. Und nun stellt es ein kritischer Ökonom so hin, als ob dies ein Zufall gewesen wäre, als ob das deutsche Lohndumping quasi eine Politik *neben* dem € und der WU wäre.

Wir müssen die Selbstverständlichkeit offenbar aussprechen und immer wieder aussprechen: Dieses Lohndumping ist die unmittelbare und automatische Folge der Währungsunion und auch das Motiv, warum das deutsche Kapital stets für diese WU war. Sicher, die Binnenwirtschaft gehört zu den Verlierern, und dabei insbesondere die arbeitende Bevölkerung. Aber das ist nicht nebenher passiert. Das war das Ziel der Übung, und der € war das Vehikel dieser Politik.

Ähnlich steht es mit *Felber* (2012): Erst zählt er alle Folgen der WU auf, gegen die er sich offenbar stellt. Und dann proklamiert er: Retten wir den Euro! Nicht nur großregionale Politik für das Kapital soll man betreiben, sondern globale – wobei dieser Begriff ständig wiederholt wird: "Globale Fusionskontrolle, ... Weltfinanzaufsicht, ... globales Gericht..." Das nennt man den Teufel mit Beelzebub austreiben, das ist funktionierende Hegemonie – mehr vom selben, was die Menschen in die Bredouille geführt hat.

Abwertungen einerseits, eine Währungsunion andererseits haben ganz unterschiedliche **Verteilungswirkungen** in einem Gebiet ungleicher Entwicklung. Eine Abwertung in einer nachhinkenden Wirtschaft verteuert deren Importe. Aber sie ändert die Wertbeziehungen, die *terms of trade* zwischen Aus- und Inland prinzipiell *für alle*. Ob es einen differenziellen Verteilungs-Effekt gibt, hängt von der Struktur des Außenhandels ab. In einer Zeit, wo die Bevölkerung durch niedrigwertigen Massenkonsum *made in China* ruhig gehalten wird, könnte eine Abwertung die unteren Schichten allerdings etwas benachteiligen. Aber das fällt nicht sosehr ins Gewicht im Vergleich zu den sonst nötigen Lohnsenkungen.

Denn wenn Abwertungen nicht möglich sind, leidet die Bevölkerung auf alle Fälle massiv. Dann gibt es nämlich "innere Abwertungen": Die Löhne werden gesenkt, für die Unterschichten essentielle staatliche Leistungen abgebaut. Genau dies passiert derzeit im Olivengürtel und im Baltikum.

Und in Deutschland? Im Land, wo eine Aufwertung nötig wäre, wird *real abgewertet*. Das trifft die Bevölkerung in einer Weise, die mittlerweile auf der Linken, auch im linksliberalen Milieu, heftig debattiert wird. Es verheißt übrigens längerfristig für die Gesamtwirtschaft nichts Gutes, weil es den Wandel und den technischen Fortschritt bremst.

Die Folge: Krise der europäischen Demokratie

Aufbau des Imperiums, Krise und Ende des "demokratischen Kapitalismus" (*Streek*), die übernationale Organisation des europäischen Finanzkapitalismus – man kann die EU auf manche Weise beschreiben. Als Krönung dieses Projekts war immer der Euro gedacht.

Der Euro, die Einheitswährung des westeuropäischen Regional-Zentrums, soll die Politik der Eliten zum Strukturzwang und damit irreversibel machen. Er ist ein politisch, ökonomisch, sozial und kulturell fundiertes Instrument. So wurde er zum Schluss-Stein des Projekts der neuen Oligarchie, der EU. Daher muss er den strategischen Angriffspunkt für eine Fundamental-Opposition bilden. Die Eliten selbst bestätigen dies: Sind sie doch bereit, wirklich Alles zu seiner Verteidigung einzusetzen und ihre eigenen Grundsätze dabei über Bord zu werfen.

Michael *Kalecki* (1943) hat während des Zweiten Weltkriegs darauf verwiesen: Der Faschismus ist auch und nicht zuletzt ein Mittel, Vollbeschäftigung zu erreichen und gleichzeitig ihre für die Unternehmer positiven Effekte zu bewahren. Denn der gute Wirtschaftsgang in der Hochkonjunktur bringt hohe Gewinne; aber die Löhne steigen noch stärker, und mit der Arbeitslosigkeit geht das Haupt-

Disziplinierungsmittel gegen die Arbeiter verloren. Der Faschismus ersetze es aber durch direkte politische Kontrolle. "Das faschistische System – sagt *Kalecki* (186) – nimmt seinen Anfang in der Überwindung der Arbeitslosigkeit, entwickelt sich dann sukzessive in ein Knappheitssystem der Rüstungswirtschaft, und endet zwangsläufig im Krieg." Der Herausgeber von 1976 ergänzt dies durch seine Beobachtungen über die "Furchtsamkeit" der SPD, der Politik des Helmut Schmidt, gegenüber einer keynesianischen Politik der Vollbeschäftigung. Aber das war nicht "Furchtsamkeit", es war Absicht.

In der Nachkriegszeit war Faschismus in den hoch entwickelten Ländern keine Option mehr. Das konnte man in Griechenland oder Portugal machen, nicht in der BRD. Wie sollte man die Begehrlichkeiten der Bevölkerung im Zaum halten? Die Antwort war genial: Man musste die wesentlichen Entscheidungen aus der nationalen Ebene wegverlagern. Dort konnten sie, wegen des allgemeinen Wahlrechts, von den Menschen noch beeinflusst werden. Das Ganze wurde mit dem Sachzwang der Globalisierung begründet. In diesem Sinn war die Konstruktion der EU spätestens seit 1986, der Einheitlichen Europäischen Akte, tatsächlich ein Ersatz für den Faschismus. Besonders auffällig war es dort, wo die entsprechenden Diktaturen abgelöst wurden – in Griechenland, Spanien und Portugal.

Die Folgen waren rundum fatal.

Vor fast einem halben Jahrhundert gab *M. Bronfenbrenner* (1969) ein Buch über Konjunkturtheorie heraus mit dem bezeichnenden Titel: "Is the business cycle obsolete?" Etwa gleichzeitig setzte eine Debatte über so genannte politische Zyklen ein (*Nordhaus* 1975). Durch politisches Entgegenkommen gegenüber den Wählern würde vor den Wahlen ein Aufschwung beschleunigt, und nach den Wahlen durch Leistungsabbau (heute sagt man "Sparen") eine Rezession. Sollte dies je der Fall gewesen sein – besonders gut war die Empirie dafür nie –, dann hat die EU diese nationalen Zyklen längst überlagert und an dessen Stelle etwas sehr viel Verhängnisvolleres gesetzt, einen gesamteuropäischen Zyklus, der sich zur Existenzkrise für viele Länder ausgewachsen hat.

Die Ironie daran ist: Das kommt nicht etwa aus dem Bemühen um Konjunkturpolitik. Im Gegenteil. Der neue Zyklus, die profunde Krise, entstand, weil man jede Rücksicht auf die Bevölkerung und damit auch jede bewusste Konjunkturpolitik fallen gelassen hat. Die Einführung des Euro erzeugte erst eine Blase, vor allem im Süden, und seit 2008 die bekannte Krise. Sie wurde durch die Politik der Troika, d. h. durch die Politik der EU/EZB, zum ökonomischen und politischen Crash für den Olivengürtel. Der "internationale politische Zyklus" (*Kühne*, in *Kalecki* 1976, 35) entstand durch den synchronisierten Defizitabbau zur ungeeignetsten Zeit, also durch eine "politisch bedingte Nichtverhinderung des Zyklus" (a.a.O.).

Die Banken- und Finanzkrise, Ausdruck dieses supranationalen politischen Zyklus ab 2008, wurde in Europa zur Euro-Krise. Damit erzwingt sie eine Stellungnahme: "Den Euro retten" oder aber strategisch und auch im Einzelnen ein neues politisches Projekt zu entwerfen. Stellt man die Frage so, dann wird klar: Die Stellung und die Politik gegenüber dem Euro wird zum eigentlichen Scheidepunkt. Wollen wir einen Transformismus im Interesse der Eliten – oder wollen wir eine neue Gesellschaft und eine neue Politik, deren Umriss wir bisher kaum schon kennen?

Ich habe bisher als Einstieg in die Reform eine „Re-Nationalisierung“ vorgeschlagen. Darunter verstand und verstehe ich die Rückverlagerung von politischen Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten aus den Zentralen in Brüssel (Kommission), Frankfurt (Europäische Zentralbank – EZB) und Luxemburg (Europäischer Gerichtshof) an die Mitgliedsstaaten. Formale Kompetenzen sind darunter ebenso zu verstehen wie der oft viel stärkere informelle Handlungsdruck über die Politik. Ich habe feststellen müssen, daß dieser Ausdruck in Deutschland und in Österreich reflexartig Scheuklappen hochfahren läßt. Ich vermeide ihn deshalb zukünftig, ohne das sich an der inhaltlichen Feststellung etwas ändert.

Und was ist mit dem Staat, dem Nationalstaat und dem übernationalen? Wo liegt heute die Souveränität wirklich?

Souveränität ist ein zwielichtiges Konzept. Carl Schmitt war Nazi; er war aber hoch intelligent. Er wies um diese Zeit auf seine Wurzeln hin: Es ist der Gedanke der Allmacht Gottes, den man nun auf den irdischen Gott, den Leviathan, den Staat übertragen wollte. Was C. S. als fundamentalistischer Katholik allerdings nicht einsehen konnte und wollte, hat Emile Durkheim aufgezeigt: Der Gottesbegriff selbst ist nichts Anderes als die Idealisierung und Hypostasierung der Gesellschaft und in der Folge ihrer Organisation, des Staats. Damit würde Souveränität zum eigentlichen *begrifflichen Fetisch*. Einem Fetisch schreibt man direkt ein Wirken zu, das er vielleicht symbolisieren, aber nicht ausüben kann. Bis heute gilt dies, und die Souveränität hat in der Politik und in der Jurisprudenz ihren Fetisch-Charakter nicht verloren. Man muss ihn also dekonstruieren. Souveränität ist nichts als die faktisch ausgeübte konzentrierte Macht des Staats.

Aber der Staat hat einen besonderen Charakter. Max Weber hat darauf hingewiesen: Der Staat kann nicht zuletzt deswegen fast unbefragt agieren, weil er in seiner Machtfülle auch ein ganz spezifisches Pathos mit sich trägt. Seipel hat daraus eine ganze Mystik des Staats her geleitet. Ihm ging es darum, die *Nation* abzuwerten. Warum? Der Staat wurde im Denken damals durch die Nation als seine Trägerin legitimiert, durch "das Volk". Das wünschte der autoritäre Geistliche keineswegs. Vom Volk legitimieren wollte er den Staat nicht lassen. Nicht Volkssouveränität, sondern Gottgnadentum wollte er.

Aber der € wurde zum zweiseitigen Instrument. Er soll alle Gesellschaften zur unbefragten und selbstverständlichen Unterordnung unter das Finanzkapital und die Bürokratie zwingen. Aber die Logik des Markts selbst bringt mit ihm die Zerstörung der Peripherie, und dann ... ? Er ruft also politischen Widerstand hervor. Aber der hat sich noch nicht von den alten Illusionen gelöst. Zu stark ist die Kraft der Hegemonie und zu heiß der Wunsch nach einem "sozialen Europa". Aber auf der anderen Seite gibt es ebenso Illusionen: Der € und die EU wird nicht "zerfallen". **Der € muss zerschlagen werden!**

Für die europäische Linke wird diese politische Frage daher entscheidend für ihre strategische Orientierung. Manche schrecken davor zurück. Sie möchten sich mit taktischen Überlegungen darum herum schwindeln. Verwundern sollte dies nicht. Die Hegemonie der neokonservativen Kräfte ist erdrückend. Insbesondere im deutschsprachigen Raum sind die Intellektuellen geradezu gleichgeschaltet.

Die Reste der europäischen Linken sind durch die Mystik der *Lenin'schen* Staats-Theorie und den internationalistischen Jargon auf ein ganz ähnliches Denken festgenagelt, wie sie die EU-Bürokratie und die politischen Klassen verfolgen: Bei aller antinationaler Rhetorik ist dies nichts als ein nationaler Staat auf einer höheren Ebene: dort, wo politische Beteiligung nicht mehr oder vielmehr nur mehr für bestimmte Ober- und Mittelschicht-Gruppen funktionieren kann. Es wäre also überfällig, die Debatte über die übernationale politische Organisation wieder aufzunehmen. Man könnte auch sagen: eine neue "Staatstheorie" zu formulieren, wenn das fetischisierte Wort Staat nicht so sehr in die Irre führen würde.

Literatur

Bronfenbrenner, Martin (1969), *Is the Business Cycle Obsolete?* New York: Wiley.

Bucharin, Nikolai (1926), *Die politische Ökonomie des Rentners. Die Wert- und Profittheorie der Österreichischen Schule.* Wien: Verlag für Literatur und Politik.

Felber, Christian (2012), *Retten wir den Euro!* Wien: Deuticke.

Hefeker, Carsten (2006), *Die europäische Währungsintegration nach dem Zweiten Weltkrieg: Politik, Ideologie oder Interessen?* HWWA Discussion Paper.

Kalecki, Michael (1943), *Political Aspects of Full Employment.* In: *Political Quarterly* 14, 322 - 331.
Deutsch in: Kalecki, Michael (1976), *Werkauswahl.* Neuwied: Luchterhand, 182 - 190.

Mundell, Robert A. (1961), A Theory of Optimum Currency Area. In: AER 51, 657 – 665.

Mundell, Robert A. (1973), Uncommon Arguments for Common Currencies. In: Johnson, Harry G. / Swoboda, Alexander K., eds. The Economics of Common Currencies: Proceedings. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Mundell, Robert A. (1997), Optimum Currency Areas. Extended version of a luncheon speech presented at the Conference on Optimum Currency Areas, Tel-Aviv University, December 5, 1997.
<http://www.columbia.edu/~ram15/eOCATAviv4.html>

Nordhaus, William D. (1975), The Political Business Cycle. In: Rev. of Ec. Studies 42, 169 – 190.

Streek, Wolfgang (2013), Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt / M.: Suhrkamp.